

Einheits- und sozialdemokratisches Blatt für die gesamte Sächsische Volksbewegung. Die Zeitung ist eine der wichtigsten Zeitungen des Landes Sachsen. Sie ist eine der ältesten Zeitungen des Landes Sachsen. Sie ist eine der wichtigsten Zeitungen des Landes Sachsen.

Verlagsort: Dresden
Verlagspreis: 10 Pfennig
Auflage: 100.000 Exemplare
Druckerei: Druckerei der Sächsischen Volkszeitung
Redaktion: Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Postamt: Postamt Dresden
Telefon: Telefon Dresden 12. Telefon 1021
Telex: Telex 1021

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, 17. November 1928

Verlagsort: Dresden

Verlagspreis: 10 Pfennig
Auflage: 100.000 Exemplare
Druckerei: Druckerei der Sächsischen Volkszeitung
Redaktion: Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Postamt: Postamt Dresden
Telefon: Telefon Dresden 12. Telefon 1021
Telex: Telex 1021

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, 2. Aufl.
im Verlag und Druckerei, Ritterstraße 10, Dresden-Altstadt
Telefon: 12. Telefon: 1021. Postleitzahl: 1021. Postleitzahl: 1021
Ritterstraße 12. Telefon: 1021. Postleitzahl: 1021

Die Panzerkreuzer-Debatte

Ablehnung der Linksanträge wahrscheinlich

Berlin, 16. November.

Unter großem Andrang des Publikums zu den Tribünen hat der Reichstag am Mittwoch die Debatte über den Panzerkreuzerbau begonnen. Den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues begründete der Abg. Wels. Er führte als Grund für die Haltung der Sozialdemokraten den klar zutreffenden Zuläufersatz: „Die große Mehrheit verweist den Kreuzerbau.“ Deshalb schiesse seine Partei auch nicht eine Reichstagsantrittung und Neuwahlen unter dem Zeichen des Panzerkreuzers. Wie verlautet, wird der sozialistische Reichswehrminister gegen den Antrag seiner Partei stimmen. Reichswehrminister Grüner sieht sich nochmals entschieden für den Kreuzerbau ein. Die Debatte wird am Freitag fortgehen. Man erwartet, daß dann auch Abg. Wirth das Wort nehmen wird.

Die Fraktionen haben sich bereits für die Abstimmung festgelegt:

Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Bauernpartei sind für die Einstellung des Panzerkreuzerbauens.

Für eine Fortsetzung des Panzerkreuzerbauens werden sein: Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum mit ganz geringen Ausnahmen, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Christliche Bauernpartei, die Nationalsozialisten, die Deutsch-Hannoveraner und die beiden Volksrechtsparteien. Der Stimme enthalten werden sich die Demokraten. Der Antrag der Sozialdemokraten würde demnach mit ungefähr 30 Stimmen in der Minderheit bleiben.

Bei überfüllten Tribünen und voll besetztem Saale eröffnete Präsident Löbe die gestrige Reichstagssitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Beratung der kommunistischen Interpellation, des sozialdemokratischen und kommunistischen Antrags gegen den Bau des Panzerkreuzers „A“ stand. Damit verbunden wurde der heute eingegangene Antrag der Wirtschaftspartei auf Vorlegung eines umfassenden Marinaprogramms und vorläufige Aussetzung des Baues des Panzerkreuzers „A“. Dazu kommt noch ein Antrag der Deutschnationalen, die Reichsregierung möge alle ihm durch den Verfolger Diktat belassenen Rüstungsmöglichkeiten ausnutzen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte, auch einen kommunistischen Antrag mit der Beratung zu verbinden, in dem die Reichswehrminister dem Kabinett und einzelnen Parteiführern vorgelegt habe, um die Vorausnahme weiterer Mittel für den Panzerkreuzerbau über die bewilligte Rate hinaus zu rechtfertigen.

Die Begründung der Anträge

Abg. Wels (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag: „Der Bau des Panzerkreuzers „A“ wird eingestellt.“ Dieser Antrag ist die einzige Konsequenz aus dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen, bei denen die große Mehrheit der Wähler sich gegen den bisherigen Kurs und damit auch gegen den Panzerkreuzer-Beschluß des leichten Reichstags entschieden habe. Das Parlament ist frei und nicht an Beschlüsse des verfehlten Reichstags gebunden, wie es vielleicht die Regierung in (Fachsen rechts u. b. d. Komm.). Wenn der Reichswehrminister der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen und Anträge von mehr als 30 Millionen über die bewilligte Rate hinaus erstellt hat, so steht dieser Fall ohne Bedeutung (Fachsen rechts). Unser Antrag entspricht dem Willen zur Zweckmäßigkeit und Sparamkeit. Admiralität v. Götzen und die meisten übrigen Marine-Kenner haben beigelegt, daß ein Panzerkreuzer vom Typ des „A“ ein ganz unbrauchbares Verdrängungsmittel für uns wäre. Im Kampf mit einer modernen Seemacht wäre dieses Schiff nur eine Schießscheibe, die ohne jede Widerstandsfähigkeit von einem Linienschiff mit einem einzigen Schuß zerstört werden kann.“

Wenn die „Germania“ meint, unser Antrag entspringe nur dem Bedürfnis, die Partei zusammenzuhalten, so müssen wir feststellen, daß es im Reichstag keine Partei gibt, die uns nicht um die Geschlossenheit unserer Partei bemüht (siehe Befall b. d. Soz.). Das Zentrum sollte doch daran denken, wie beispielweise die Berliner Zentrumspartei emporsteigt die

Ablehnung des Panzerkreuzers gefordert hat. Wir haben uns immer gegen die Vergebung von Millionen für Schiffsbauten gewandt, die in Wirklichkeit nicht unsere Verteidigung verstärken, sondern nur den viel zu vielen Offizieren im Marineamt und Wehrministerium eine Gelegenheit geben sollen, ihre Notwendigkeit zu beweisen. Wir haben diese Millionen nicht übrig. Wir haben ein Vorrat von 800 bis 700 Millionen im Staat. Wir haben alle verfügbaren Mittel nötig, um das furchtbare Ende unseres Volkes zuhindern. Ich verweise nur auf die entsetzlichen Zustände im Waldeinsel-Hausberggebiet. Abg. Wels schildert dann die Not der österreichischen Landwirtschaft und meint: „Für die Kosten des Panzerkreuzers können in Österreich 30.000 bis 40.000 Bauern angefeindet werden. Diese Menschen wären ein besserer Schutz der Ostgrenze als ein im Ernstfalle militärisch unbrauchbares Korvetten-Schiff.“ Solange in Berlin und anderen Gebieten die Wohnungsnot noch einen so furchtbaren Umfang hat, solange die Gesundheitsverhältnisse im Proletariat so unmöglich sind wie jetzt, solange dürfen die Mittel der Steuerzahler nicht diesen dringenden Aufgaben entzogen und für militärische Spielereien vergeudet werden. Wenn Sie (nach rechts) solche Schiffe haben wollen, so sammeln Sie selbst dafür einen neuen Wehrbeitrag!

Präsident Löbe teilt mit, daß von den Demokraten ein neuer Antrag eingegangen sei, in dem die Regierung ersucht wird, vor der Schlussfassung über die zweite Rate ein in sich geschlossenes marinetechnisch begründetes Erfüllungsprogramm für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine vorzulegen. Von den Kommunisten ist die sofortige Abstimmung über ihren Antrag auf Vorlegung der Denkschrift des Reichswehrministers verlangt worden.

Reichskanzler Müller (von den Kommunisten mit dem Ruf „Panzermüller“ empfangen) erklärt:

1. Es ist nicht richtig, daß in dieser Denkschrift irgendwelche Auseinandersetzungen enthalten sind über die Vergabe von Lieferungen im Betrage von 32 Millionen.

2. Die Denkschrift enthält Ausführungen über die Landesverteidigung, die dem Reichstabteil gemacht worden sind, und ihrer ganzen Lage nach sich nicht zur Weitergabe eignen. (Lärm bei den Kommunisten.)

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Heder (Komm.) begründet hierauf die kommunistische Interpellation. Das Panzerschiff „A“ sei keineswegs ein wertloses Spielzeug, sondern eine militärisch sehr wirksame Waffe, aber es sei bestimmt, als Waffe der kapitalistisch-imperialistischen Mächte, die Deutschland für sich gewinnen wollen, gegen die russische Sowjet-Union. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau könne mit faulen Ausreden nicht verteidigt werden. Die Sozialdemokratie werde in der Koalition bleiben, auch wenn tausend Panzerkreuzer gebaut werden. Die Kommunisten würden die Klassenfront der Arbeiter aufreihen gegen die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Verbündeten. (Lärm bei den Kommunisten.)

Reichskanzler Müller: Ich habe in Beantwortung der kommunistischen Interpellation namens der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Die Zustimmung zum Bau des Panzerschiffes A ist durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für 1928 erfolgt. Beide Körperschaften haben sich durch die Annahme des Staats für den Bau ausgeprochen. Der Reichsrat ist dem Reichstagsgesetz dadurch beigetreten, daß er auf einen Einspruch gegen den Staat verzichtet hat. Er hat in einer Entschließung lediglich die Regierung ersucht, die finanziellen Möglichkeiten für die Ausführung des Beschlusses zu prüfen. Dieser Entschließung ist die Reichsregierung nachgekommen. Sie hat die finanziellen Möglichkeiten geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß für den Staat die Herausgabe der Mittel für die erste Baureihe keine Schwierigkeiten machen würde. Danach war die Genehmigung zur Vergabe der Lieferungen zu erteilen. Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat das Reichskabinett festgelegt, daß künftige Erbschaften nur innerhalb des Rahmens des Marine-Staats 1928 ausgeschöpft werden. Der Wehrminister hat dieser Festlegung zugestimmt. Es ist richtig, daß über die erste Rate hinaus Lieferungen im Betrage von 32 Millionen vergeben werden sind. Das liegt im Rahmen des § 24 der Reichshaushaltserordnung. Selbstverständlich kann ein Schiff nur im ganzen vergeben werden und ebenso die dazu gehörigen Maschinen. Jedenfalls sind Ausgaben über die bewilligte Rate hinaus nicht erfolgt. Die Mitteilung des kommunistischen Redners über die Bestellungen bei Zeiss ist unzutreffend. Zu einer anderen Bemerkung des Redners, der Panzer werde gegen Russland gebaut, kann ich nur erklären: Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Boden des Ratschlags. ¹⁾ Hierin ist die Behauptung nicht ernst genommen, solange sie mir nicht vom russischen Botschafter vorgetragen wird. (Befall.)

Wehrminister Greener wurde, als er die Rednertribüne betrat, von den Kommunisten mit lauten Zurufen: „Hundschott“ empfangen. Vizepräsident Graef erhielt einige Ordensnadeln.

(Fortsetzung nächste Seite)

Staatsmann und Feldherr

Politische und militärische Fragen werden immer einander berühren. Wir haben das besonders deutlich im Kriege gesehen, aber auch jetzt, in einer Zeit angeblich vollständigen Friedens, erkennen wir es täglich: bei dem Ringen um die Abrüstung, bei der Verknüpfung von Rheinland-Räumung und Reparationen, bei der Panzerkreuzer-Komödie. Mancher mag wünschen, die militärischen Dinge möchten künftig und für immer bedeutungslos und wirkungslos werden. Sie sind es aber nicht, und jeder, der sich ernsthaft mit Politik beschäftigt, muß sich über die Wechselwirkung zwischen Politischem und Militärischem klar zu werden versuchen.

Allzuoft wird dieser Versuch treulich mit Schlagworten unternommen. Damit ist es aber nicht getan. Abgegriffene Meinungen wie: „Wie wieder Krieg!“ auf der einen, „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ auf der entgegengesetzten Seite haben für den Denkenden keinen Wert. Wir sehen die größte Leistung des ausgezeichneten Buches, das Generaloberst Oberstaatssekretär Seecdt vor kurzem veröffentlicht hat, darin, daß auf Grund umfassender eigener Erfahrung und methodischer Untersuchung mit großer Klarheit der Wirkungsbereich von Feldherrn und Staatsmann gegeneinander abgegrenzt wird. Seecdt schreibt im Rückblick auf den letzten Krieg, der bekanntlich auf unserer Seite ein verhängnisvolles Übergewicht der militärischen Leitung gegenüber der politischen zeigte, aber er schreibt nicht etwa im Hinblick auf einen kommenden Krieg. Im Gegenteil, er bekennt sich als Pazifist im höchsten Sinne: „Wer von guter Übersichtsworte aus die Schlachtfelder eines Weltkrieges überblickte, wußte Haar grau wurde von der Kugel so vieler verbrannter Heimstätten, wer die Verantwortung für Leben und Tod vieler getragen, der erfahrene und wissende Soldat fürchtet den Krieg weit mehr als der Phantast kann, der, ohne den Krieg zu kennen, nur von Frieden spricht.“ Der einzelne Staat kann aber bei noch so friedfertiger Gesinnung nicht die Wichtigkeit der militärischen Fragen einschätzen. Eine kluge Abschätzung dieser Fragen ist notwendig: „Der Staatsmann wird sich die Frage vorlegen müssen, was er will und was er kann. Die Beantwortung der ersten Frage liegt auf rein politischem Gebiet und fällt ihm allein zu. Für die Lösung der zweiten wird er neben den politischen Rücksichten die militärischen in Rechnung stellen müssen.“ Mit großer Verstandesharkeit sieht dann Seecdt in einzelnen auseinander, wie Politiker und Soldat zweckmäßig zusammenarbeiten sollten. Dabei betont er sehr stark den Vorrang der Politik und die Beschränkung des Feldherrn auf das rein militärische Gebiet. In einer klaren Trennung der Zuständigkeiten, bei starker allgemeiner Führung der Politik, sieht er die ideale Lösung. Seecdt, der 1924 während des Ausnahmestandes in Deutschland als Träger der volkseigenden Gewalt einen politischen Einfluß besaß, wie leitet ein General, hat damals streng nach den Grundsätzen gehandelt, die er jetzt mahrend vorträgt. Er hat damals noch Erfüllung der militärischen Aufgabe — Vermeidung des Bürgerkriegs im Innern — die Macht in die Hände der politischen Führer zurückgelegt.

Es ist bemerkenswert, daß ein anderer General, der im Wirken von Krieg und Revolution zu noch größerem politischen Einfluß gekommen ist als o. Seecdt, der jetzige Präsident der Türkischen Republik Mustafa Kemal Paşa, zu den gleichen Schlüssen hinsichtlich des Verhältnisses von Feldherrn und Staatsmann gelangt. In seinem Rechenschaftsbericht, den er im Oktober 1927 seiner Partei gegeben hat (und dessen Übersetzung soeben in deutscher Sprache erschienen ist), stellt er wiederholte Erwägungen über diese Frage an. So noch dem Bericht

¹⁾ Gedanken eines Soldaten. Von Generaloberst o. Seecdt. Verlag für Kulturpolitik; Berlin 1929 (Preis geb. 7.50 M.).

²⁾ Gazi Mustafa Kemal Paşa, Die nationale Revolution 1926/27; Leipzig 1928, Verlag A. F. Käthe (Preis geb. 16 M.).

Die heutige Nummer enthält das St. Vennos-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen.